

### Castor – diesmal andersrum

Nachdem die Reise vor zwei Wochen nach Gorleben ging, rollt der Castor diesmal in die Gegenrichtung. Erstmals seit drei Jahren wurden diese Woche wieder abgebrannte Brennelemente aus deutschen Atomkraftwerken nach Frankreich transportiert. Rund 30 Tonnen hochradioaktiver Atommüll aus den Kraftwerken Philippsburg (Baden-Württemberg), Biblis (Hessen) und Grafenrheinfeld (Bayern) wurden in die Wiederaufbereitungsanlage La Hague gebracht. Für das Jahr 2001 hat die deutsche Bundesregierung über 40 neue Atomtransporte genehmigt. "Die Bundesregierung behandelt Frankreich weiterhin als Atomklo Deutschlands", sagte Veit Bürger auf einer Greenpeace-Pressekonzferenz in Berlin. Insgesamt sollen nach La Hague noch 1.250 Tonnen Atommüll transportiert werden – das entspricht 280 Transporten.

### Wer nicht entsorgen kann, muss abschalten

"Es hat sich gezeigt, dass der Rücktransport von La Hague nach Gorleben nur ein Cas-Tor-Öffner war", betonte der Sprecher des "Réseau Sortir du Nucléaire", Jean-Yvon Landrac. "Wir erwarten von der deutschen Bundesregierung, dass sie – gemäß ihrer Versprechungen von 1998 – die Transporte von Atommüll nach Frankreich sofort unterbindet und Atomkraftwerksbetreibern die Verantwortung für die Entsorgung ihres Atommölls zuweist." Gegen die Castor-Transporte haben diese Woche AktivistInnen von "Sortir du Nucléaire", Robin Wood, Greenpeace, Aktionsbündnis X-tausendmal quer und andere entlang der Bahnstrecken demonstriert.

### Droits de l'homme en Palestine

L'ONG Human Rights Watch vient de publier son rapport sur les violations des droits de l'homme dans la région de Hébron. Du côté palestinien, l'ONG critique les attaques contre des civils israéliens. Même si les colonies dans les territoires occupés sont illégales, tirer sur des colons non armés est contraire au droit humanitaire international.

D'après Human Rights Watch, c'est le côté israélien qui est responsable des violations les plus importantes, en particulier d'un usage excessif de la force et d'homicides illicites ("unlawful killings"). Les blocades et les couvre-feux sont à considérer comme des punitions collectives, un autre crime de guerre. Enfin le rapport dénonce que les violences de colons contre des civils palestiniens sont souvent tolérés par l'armée israélienne. [www.hrw.org/reports/2001/israel](http://www.hrw.org/reports/2001/israel)

### Shell muss doch vor Gericht

Das ÖUnternehmen Royal Dutch Petroleum Co. und seine Tochterfirma Shell können nun doch wegen Verstöße gegen die Menschenrechte in Nigeria gerichtlich belangt werden. Das entschied das amerikanische Oberste Gericht vor wenigen Tagen in Washington. Angehörige des hingerichteten Menschenrechtlers Ken Saro Wiwa und John Kpuinen beschuldigen die Unternehmen, eine maßgebliche Rolle bei den durch die nigerianische Regierung vollstreckte Todesurteile gespielt zu haben. Trotz zahlreicher Proteste, sowohl von nationalen wie internationalen UmweltaktivistInnen und MenschenrechtlerInnen, hat der Ölmulti Shell in Nigeria mit der Ölförderung ganze Landstriche verseucht und einen Teil der dort lebenden Ogoni - unterstützt durch Militär und Regierung - vertrieben.

Gréngesoun société coopérative

Invitation à une deuxième assemblée extraordinaire

Le quorum (la moitié des parts) n'ayant pas été atteint, une nouvelle assemblée extraordinaire a dû être organisée. Elle est fixée au: **mercredi, 25 avril, à 20.00 heures, dans les locaux du WOXX, 51, avenue de la liberté, 2e étage.**

Ordre du jour de l'assemblée générale extraordinaire:

(1) dénomination de la société;

(2) proposition de préciser le mode de convocation, le quorum et la majorité requise pour la validité des délibérations des assemblées générales extraordinaires;

(3) adaptation à l'euro.

Une copie des propositions de changement des statuts peut être demandée par les membres auprès du secrétariat (297999-10, Monique Ludovicy, [admin@woxx.lu](mailto:admin@woxx.lu)).

Pour le conseil d'administration

Chantal Serres (présidente)

### MILOSEVIC-FESTNAHME

# Die nationale Legende verhindern

Nach der Verhaftung von Slobodan Milosevic hofft die Justiz in Belgrad auf belastende Aussagen seiner ehemaligen Mitarbeiter.

Knapp 18 Quadratmeter groß ist die neue Residenz des Slobodan Milosevic. Gegenüber den anderen Insassen des Belgrader Zentralgefängnisses ist er ein wenig privilegiert: Zeitungen gibt es jeden Tag, auch warmes Wasser ist in der Zelle vorhanden. Und seine Angehörigen dürfen jeden Tag zu Besuch kommen. "Er gewöhnt sich langsam an sein neues Leben", erklärte die Verwaltung des Gefängnisses.

Auch die Serben gewöhnen sich langsam daran. Milosevic scheint, anders als politische Beobachter immer wieder gewarnt hatten, nicht zum Märtyrer zu taugen. Als die Sozialistische Partei (SPS) am Samstag in ganz Serbien zu einer Großdemonstration zur Unterstützung des bedrängten Ex-Präsidenten aufrufen, kamen gerade mal 3.000 Menschen nach Belgrad. Die neuen Mächtigen in Belgrad können zu Recht darauf hoffen, dass in wenigen Monaten auch

der letzte Rest des Mythos Milosevic verschwindet. "Sie wollen, dass das Volk mitgeht. Sie wollen verhindern, dass Milosevic zum Märtyrer stilisiert und damit zu einer nationalen Legende wird", sagte der EU-Balkankoordinator Bodo Hombach gegenüber dem Fernsehsender n-tv.

### Kronzeugen gesucht

Dann wird es auch leichter möglich sein, Milosevic nach Den Haag auszuliefern. Vorausgesetzt, die jugoslawische Regierungskoalition wird sich noch einig, wie mit dem Angeklagten zu verfahren ist. Der serbische Parlamentschef Dragan Marsicanin erklärte in einem Zeitungsinterview, er sehe wegen den anhaltenden Meinungsverschiedenheiten die Koalition grundsätzlich in Frage gestellt. Denn während der jugoslawische Staatspräsident Vojislav Kostunica eine Kooperation mit dem UN-Tribunal ablehnt, gilt der serbische

Ministerpräsident Zoran Djindjic als Befürworter. Während der serbische Innenminister Dusan Mihajlovic öffentlich über eine mögliche Todesstrafe gegen Slobodan Milosevic nachdenkt (siehe Interview), will Djindjic damit natürlich nichts zu tun haben: "Selbst wenn Milosevic Delikte begangen hat, die theoretisch mit der Todesstrafe geahndet werden könnten, so wird diese wahrscheinlich nicht ausgeführt."

Beruhigend aber kann das für den gestürzten Ex-Präsidenten nicht sein. Die Ermittlungen der Justiz inzwischen konzentrieren sich nämlich nicht mehr nur auf Korruption oder Amtsmissbrauch, sie ziehen ebenfalls Anklage wegen mehrfachen Mordes in Betracht. Auch Milosevics Frau Mira Markovic könnte bald hinter Gittern verschwinden und gemeinsam mit ihrem Mann wegen Mordes vor Gericht stehen.

Einer der wohl größten Risikofaktoren für die Familie ist dabei der ehemalige Geheimdienstchef Rade Markovic. Der serbische Innenminister Mihajlovic deutete an, Markovic müsse sich überlegen, ob er alleine für den Attentatsversuch auf Vuk Draskovic verantwortlich sein möchte, bei dem im Oktober 1999 vier Menschen getötet worden waren. Dies ist ein dezenter Hinweis auf ein mögliches Entgegenkommen der Justiz: Wenn Markovic kooperiert und seinen ehemaligen Dienstherren belastet, könnte das zu einer Haftleichterung führen.

Politisch macht eine Kooperation mit der Justiz vor allem für die Führungskader der Milosevic-Sozialisten Sinn. Schließlich wird ihnen auf Dauer wenig überbleiben, als sich von ihrem ehemaligen Parteichef zu emanzipieren, wenn sie nicht ihre völlige politische Marginalisierung riskieren möchten. Vielen von ihnen droht derzeit eine Anklage und glaubt man dem jugoslawischen Innenminister Zoran Zivkovic, könnte die kommende Säuberungswelle die personellen Ressourcen der Sozialistischen Partei schnell versiegen lassen: "Hunderte von Milosevic-Mitarbeitern" erwartet laut Zivkovic eine Anklage wegen diverser Delikte.

### Sinkendes SPS-Schiff

Eine Kooperation zwecks Erlangung eines Kronzeugen-Status empfiehlt sich da für einige Mitarbeiter. Dusan Matkovic, bisher in der SPS von Milosevic im Führungskader, hat schon angekündigt, die Justiz mit Details aus dem Finanzgebaren der Milosevic-Administration zu versorgen. Der erste prominente Abgang aus der SPS nach dem Sturz des Präsidenten ist aber der serbische Präsident Milan Milutinovic. "Ich habe die SPS verlassen, weil man von mir verlangt hat, mich über die Verfassung zu stellen", begründete er seinen Schritt.

Der Austritt aus der Partei erfolgte wenige Tage, nachdem Gerüchte auftauchten, die SPS habe von Milutinovic verlangt, Milosevic entsprechend seiner



"Wer ist schuld?" steht auf diesem mit "Peoples Movement Resistance" unterschriebenen Plakat in Belgrad. (Fotos: epa)

präsidialen Befugnisse zu amnestieren. Sein Ausscheiden könnte der erste Akt eines langen Spaltungsprozesses innerhalb der SPS sein. Ein Flügel der Partei möchte am inhaftierten Parteivorsitzenden festhalten, der andere will sich möglichst schnell vom ihm emanzipieren.

Noch aber führt Milosevic seine Geschäfte hinter Gittern weiter. Entsprechend einer Empfehlung aus dem Zentralgefängnis wurde Zoran Andjelovic als Generalsekretär der SPS abgelöst und Slavica Djukic-Djekanovic an seine Stelle gehievt. Der ehemalige jugoslawische Außenminister Zivodin Jovanovic führt unterdessen die Partei - zumindest bis auch er verhaftet wird, denn die Ermittler der Justiz arbeiten schon an seinem Fall. Einem Statement der SPS zufolge aber ist Slobodan Milosevic weiterhin der Partei-

chef und die SPS "wartet auf seine Entlassung aus dem Gefängnis".

Es könnte ein langes Warten werden, das die SPS vermutlich politisch nicht überleben wird. Milosevic nämlich wird voraussichtlich in absehbarer Zeit auch wegen einiger schwerwiegender Kriegsverbrechen angeklagt. Bodo Hombach erwartet eine Auslieferung des Ex-Präsidenten nach Den Haag "noch vor Ende des Jahres" und wiederholt damit, was mehrere Mitarbeiter des Haager Kriegsverbrechertribunals schon vor Wochen kalkuliert haben.

Bei seinem Treffen mit dem Haager Administrator Hans Holthuis konnte der jugoslawische Justizminister Momcilo Grubac schon mit einer ersten Fassung des Gesetzes über eine mögliche Auslieferung von jugoslawischen Bürgern an ausländische Gerich-

te aufwarten und verlangte als sympathische Geste des Tribunals die Anklage kosovo-albanischer, kroatischer und muslimisch-bosnischer Militärs und Politiker.

Auch auf dieser Ebene deutet sich ein politischer Deal der Justizbehörden in Belgrad und Den Haag an: In den kommenden Monaten werden einige für die aktuelle Politik in der Region verzichtbare Kosovo-Albaner, Kroaten und Bosnier angeklagt, im Gegenzug wird Slobodan Milosevic nach Den Haag verfrachtet. Damit könnte der serbischen Bevölkerung immerhin erfolgreich vorgegaukelt werden, dass Den Haag sich auch mal mit den mutmaßlichen Verbrechern der anderen Seite beschäftigt.

Martin Schwarz

DUSAN MIHAJLOVIC

# "Wir handeln nicht auf Anweisung"

In Wien erklärte Serbiens Vize-Premier und Innenminister, Dusan Mihajlovic, Slobodan Milosevic könne wegen seiner Verbrechen zum Tode verurteilt werden. Martin Schwarz sprach mit dem früheren politischen Weggefährten Milosevics.

woxx: *Sie haben mit Ihrer Äußerung über die mögliche Todesstrafe für Slobodan Milosevic internationale Aufsehen erregt. Derzeit konzentrieren sich aber die Ermittlungen der jugoslawischen Behörden auf Wirtschaftsdelikte. Dafür ist wohl nicht die Todesstrafe vorgesehen. Welche Verbrechen möchten Sie Slobodan Milosevic noch vorwerfen?*

Dusan Mihajlovic: Es ist richtig, dass derzeit gegen Slobodan Milosevic wegen Korruption und Amtsmissbrauchs ermittelt wird. Nach jugoslawischem Recht ist dafür eine Gefängnisstrafe zwischen fünf und 15 Jahren vorgesehen. Aber wir weiten unsere Ermittlungen ständig aus. Wir haben in seinem Haus ein Waffenlager und Pläne für einen Umsturz gefunden. Dafür könnte er wegen Hochverrats angeklagt werden und auf dieses Delikt steht in Serbien die Todesstrafe. Aber ich will hier keine Vorverurteilung beginnen.

*Wie detailliert sind denn diese Pläne für einen möglichen Umsturz? Haben Sie konkrete Belege für die Behauptung?*

Ich kann Ihnen dazu im Interesse der Ermittlungen nichts Konkretes sagen. Aber alles, was wir gefunden haben, deutet darauf hin, dass Slobodan Milosevic und seine Frau den Traum hatten, unsere neue Regierung zu stürzen und ihn, Slobodan Milosevic, wieder an die Macht zu bringen. Auch Mit-

glieder der Jul-Partei von Milosevics Frau Mira Markovic haben ausgesagt, dass sie 50.000 Gewehre aus dem Kosovo zum Schutz von Slobodan Milosevic aufbieten könnten.

*Warum wurde Milosevic ausgerechnet einen Tag vor dem Ablauf des US-amerikanischen Ultimatums verhaftet? Der Termin war abzusehen. Viele Beobachter haben sich gefragt, wieso man ihn nicht einfach festgenommen hat, als sich keiner seiner Anhänger in der Nähe des Hauses aufgehalten hat.*

Wir haben ihn nicht wegen irgendeines Ultimatums verhaftet.

*Das haben auch die offiziellen Stellen in Belgrad immer wieder betont. Dennoch war Milosevic offensichtlich auf die Polizeiaktion gut vorbereitet. Erst nach heftiger Gegenwehr und langwierigen Verhandlungen erfolgte schließlich die Verhaftung.*

Auch wenn Sie es nicht glauben: Die Verhaftung wurde einfach notwendig, weil ein ehemaliger Mitarbeiter von Slobodan Milosevic erst wenige Tage zuvor Beweise für einige schwere Wirtschaftsdelikte bei uns vorgelegt hat. Da mussten wir handeln.

*Dennoch bleibt der Eindruck bestehen, dass der Druck aus Den Haag und das Ultimatum des US-Kongresses eine wesentliche Rolle bei der Verhaftung gespielt haben ...*



Als am vorletzten Wochenende der ehemalige jugoslawische Präsident Slobodan Milosevic in Belgrad verhaftet wurde, war er für den Polizeieinsatz verantwortlich und führte die Verhandlungen: Serbiens Vize-Premier und Innenminister Dusan Mihajlovic.

... noch einmal: unser Ministerium handelt nicht nach den Anweisungen von Den Haag. Wir sind eine souveräne staatliche Behörde und ermitteln überall dort, wo ein begründeter Verdacht besteht. Wir haben auch Slobodan Milosevic gesagt, dass seine Verhaftung nicht auf Anweisung aus Den Haag erfolgt und seine Auslieferung derzeit nicht geplant ist.

*Sie arbeiten gerade an einem Gesetz, das die Auslieferung jugoslawischer Staatsbürger an ausländische Justizbehörden erlaubt. Warum wird ein Gesetz entworfen, wenn es angeblich gar nicht angewandt werden soll und niemand Milosevic ausgeliefert sehen möchte?*

Das ist kein Gesetz, das für Milosevic geschaffen wird. Es gibt viele andere Bürger, die auf der Liste von Den Haag stehen und die ausgeliefert werden könnten. Uns geht es doch nur darum, gesetzliche Mechanismen zu schaffen, wie sie zum Beispiel auch von Kroatien eingeführt wurden. Aber diese Mechanismen sind nicht für Slobodan Milosevic erdacht.

*Ende Februar haben Sie einen engen Mitarbeiter*

*und guten Freund Milosevics verhaftet: Den ehemaligen Geheimdienstchef Radovan Markovic. Hat Ihnen die Verhaftung bei der Vorbereitung der Anklage gegen Milosevic geholfen?*

Radovan Markovic hatte seit dem 5. Oktober genug Zeit, um alle Spuren zu verwischen. Wie Sie sicherlich wissen, wurde Markovic verhaftet, weil er ein Attentat auf den ehemaligen Oppositionsführer Vuk Draskovic geplant haben soll. Herrn Markovic müssen wir nun fragen, ob er ganz alleine dafür verantwortlich sein will, ein Attentat auf einen Politiker geplant zu haben. Oder aber, ob er sich erleichtern will, indem er mit den zuständigen Behörden darüber spricht, wer ihn angewiesen hat, das zu tun, bzw. in welchem Auftrag er gehandelt hat. Diese Entscheidung wird weit reichende Konsequenzen für Rade Markovic haben. Aber es gibt genügend andere ehemalige Mitarbeiter von Herrn Milosevic, die in den letzten Wochen gut mit uns zusammengearbeitet haben.

*Während der Verhaftung am vorletzten Wochenende sind zahlreiche Kommentatoren und Beobachter da-*

*von ausgegangen, dass Slobodan Milosevic eher Selbstmord verübt, als dass er sich verhaften lässt und gegebenenfalls an das UN-Tribunal ausgeliefert wird. Er selbst hat das ja mehrfach angekündigt.*

Sie haben Recht: Vieles hat darauf hingedeutet, dass Milosevic sich selbst umbringt. Er hat das ja auch ständig wiederholt. Aber ein solcher Selbstmord hätte nicht nur eine enorme Belastung für mein eigenes Gewissen bedeutet. Ein toter Milosevic hätte auch zu einer gefährlichen Unruhe in Serbien geführt. Ich bin froh, dass es anders gekommen ist.

*In welchem gesundheitlichen Zustand befindet sich Milosevic denn jetzt?*

Es geht ihm körperlich gut. Aber ich glaube, er hat die Situation, in der er sich nun befindet, noch nicht völlig realisiert. Er steht unter dem Einfluss von Beruhigungsmitteln. Aber es wird ihm bald besser gehen, denn wir in Serbien haben gute Ärzte.

Interview: Martin Schwarz

Der Journalist Martin Schwarz lebt in Wien. Vergangene Woche sprach er dort mit dem serbischen Innenminister Dusan Mihajlovic, der in der österreichischen Hauptstadt auf Arbeitsbesuch war.